

Projektbeschreibung
für die Ausschreibung eines Forschungsvorhabens

1. Titel des Forschungsvorhabens

Machbarkeitsstudie zu einer KI-gestützten Anwendung zur Identifikation des Vereinfachungspotentials von Regelungen

2. Ausgangslage, Forschungsbedarf

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Abteilung I ist der aus volkswirtschaftlicher Sicht gebotene Bürokratieabbau. Als Grundlage dafür sind zunächst Potentiale für mehr Wachstum und Beschäftigung in der Volkswirtschaft durch Minderung bürokratischer Belastungen der Unternehmen zu ermitteln. Dies setzt eine Übersicht über sämtliche an die Wirtschaft adressierten Regelungen voraus, die auch Doppelungen, Überschneidungen und Widersprüche aufzeigt. Sodann sollen möglichst die identifizierten bürokratische Hemmnisse abgebaut werden. Idealerweise sollten die Regelungen nicht nur einmalig zusammengetragen und ausgewertet, sondern laufend automatisiert weiter beobachtet werden (dynamisches System). Zumindest aber sollte die erstmalige grundlegende Auswertung automatisiert zu bestimmten Stichtagen wiederholt werden (statisches, aber regelmäßig aktualisiertes System).

Das Ziel der Studie ist es, die Machbarkeit einer KI-Anwendung zu ermitteln, die idealiter das Vereinfachungspotential von bestehenden Regelungen sowie von Vorschlägen für neue oder geänderte Regelungen effizient identifizieren kann. Im Fokus stehen sollen dabei vor allem Regelungen, die an die Wirtschaft adressiert sind.

Die Studie soll dabei untersuchen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine KI-Anwendung ermitteln kann,

- a) welche Regelungen für bestimmte Unternehmen, Wirtschaftszweige oder die Regelungsadressaten gelten,
 - b) ob es bei diesen Regelungen Doppelungen, Überschneidungen, Widersprüche oder anderes Vereinfachungspotential gibt,
 - c) wie sich neue bzw. geänderte Regelungsvorschläge (z. B. im Rahmen von Ressortabstimmungen) zum Regelungsbestand verhalten, d. h. ob Doppelungen, Überschneidungen, Widersprüche etc. erzeugt würden und wie dies zu vermeiden wäre oder welches Vereinfachungspotential es gibt.
- a) Umfang der zu untersuchenden Regelungen

Zahlreiche Bereiche sind durch Regelungen geprägt, die sowohl von der EU-als auch von der Bundes- und der Länderebene stammen. Hinzu kommen weitere Regelungen, insbesondere der Berufsgenossenschaften oder von Standard-Setzern, wie z. B. DIN-Normen. Die Vielzahl der Normgeber sorgt dafür, dass einige Bereiche besonders dicht reguliert sind, teilweise kann dies auch zu Doppelungen, Überschneidungen, Unstimmigkeiten oder gar Widersprüchen führen. Um die gesamte Breite des Vereinfachungspotentials in den Blick nehmen zu können wird daher vorgeschlagen, dass die Machbarkeitsstudie alle Regelungsebenen betrachtet und jeweils die Voraussetzungen dafür definiert, dass eine Regelungsebene in die KI-Anwendung einbezogen wird.

b) Anforderungen

Sowohl die Frage, welche Regelungen z. B. für ein Unternehmen oder einen Wirtschaftszweig gelten, als auch das umfangreiche, systematische Identifizieren von Doppelungen, Überschneidungen, Widersprüchen und von Vereinfachungspotential können nicht mit dem Einsatz einer „einfachen“ IT-Anwendung adressiert werden. Denn dazu müssen rechtliche Subsumtionen beispielsweise zu der Frage vorgenommen werden, ob ein bestimmter Adressat oder Sachverhalt in den Anwendungsbereich der Norm fällt oder nicht bzw. ob bestimmte Tatbestandsmerkmale erfüllt sind. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie soll deshalb ermittelt werden, ob und wenn ja, inwieweit es möglich wäre, eine KI-Anwendung zu erstellen, die dies übernimmt.

Zudem soll geprüft werden, ob eine solche Anwendung in der Lage wäre, Änderungen der Regelungen im Zeitablauf selbständig zu erkennen und Schlüsse daraus zu ziehen, ob dies im Gesamtgefüge der Normen zu weiterer Komplexität und Aufwand für die Wirtschaft führt oder nicht.

3. Leistungsbeschreibung

In der Machbarkeitsstudie sollen die Voraussetzungen definiert werden, die notwendig sind, um eine KI-gestützte Anwendung, mit dem Ziel Vereinfachungspotential bestehender Regelungen mit wenig Aufwand identifizieren zu können, entwickeln zu können.

Für die Definition der Voraussetzungen sind zunächst mehrere Rahmenbedingungen zu klären:

- Ermittlung der erforderlichen Voraussetzungen, damit eine KI-gestützte Anwendung ausschließlich auf solche Regelungen zugreift, die von „echten“ Normgebern, wie z. B. dem Bundestag, stammen.
- Ermittlung, ob und wie die veröffentlichten Rechtsnormen sowie erforderliche Auslegungshilfen (z. B. Urteile, Kommentarliteratur, etc.) mittels KI erfasst werden können vor dem Hintergrund verschiedener Veröffentlichungsarten (Schnittstellen, Medienbrüche, kostenpflichtige Bereitstellungen),

- Ermittlungen zur Verlässlichkeit der Ergebnisse: Zudem sollte – abgestuft nach Entwicklungsstufen - präzise herausgearbeitet werden, wie eindeutig oder verlässlich die Ergebnisse einer solchen KI-gestützten Anwendung sein könnten. Die Frage der Verlässlichkeit wird ausschlaggebend für die Frage sein, für welche Aufgaben die KI-Anwendung zum Einsatz gebracht werden könnte. Vor diesem Hintergrund ist u. a. auch die Fähigkeit zur rechtlichen Subsumtion zu bewerten.
- Klärung, ob KI überhaupt einen sinnvollen Vorschlag für eine Bereinigung des Rechts machen kann, der nicht seinerseits neue Regelungslücken erzeugt, Überschneidungen vermeidet und schließlich eine (insbes. im Rahmen von EU-Vorgaben) realistische Konkurrenzregelung vorschlägt.
- Die Machbarkeitsstudie sollte auch finanzielle Fragen klären, die mit einer KI-gestützten Anwendung verbunden wären. Denn neben der Entwicklung der Anwendung selbst wären z. B. auch Zugriffe auf Datenbanken mit juristischer Literatur bzw. Gerichtsurteilen oder auf DIN-Normen voraussichtlich mit Kosten verbunden.

4. Zeithorizont

Die Laufzeit ab Auftragserteilung soll maximal sechs Monate betragen.